



European
Commission

Employment and Social Developments in Europe

Junge menschen in europa:
künftige eschäftigungspolitische
und soziale herausforderungen



2022

Zusammenfassung

Zusammenfassung

JUNGE MENSCHEN IN EUROPA: KÜNFTIGE BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE UND SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN

Im Jahr 2021 erholte sich die europäische Wirtschaft deutlich von dem starken Rückgang, der durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie ausgelöst worden war, doch diese Erholung verlief ungleichmäßig. Einige Mitgliedstaaten, die im Jahr 2020 die stärksten Einbrüche erlitten (Italien, Frankreich, Griechenland, Kroatien), verzeichneten ein starkes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während Mitgliedstaaten mit einem stabilen Vorkrisenwachstum diese Wachstumsentwicklungen fortsetzten (Estland, Ungarn). Andere Länder wiesen ein moderateres Wachstum auf, wie z. B. Deutschland, dessen BIP um 2,9 % stieg (nach einem Rückgang von 4,6 % im Jahr 2020).

Russlands militärische Invasion der Ukraine Anfang 2022 brachte den Krieg zurück auf den europäischen Kontinent, forderte viele Todesopfer und löste eine humanitäre Krise aus. Rund sechs Millionen Menschen, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, sind aus der Ukraine in die EU geflohen und stellen damit die größte einzelne Vertriebenenbewegung in Europa seit den Balkankriegen vor drei Jahrzehnten dar.

Kaum hat sich die EU-Wirtschaft von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erholt, sieht sie sich nun mit neuen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine konfrontiert. So haben etwa instabile Handelsströme und Verluste auf den Ausfuhrmärkten, Engpässe in der Versorgungskette und höhere Kosten für Energie und andere Rohstoffe massive Auswirkungen auf europäische Wirtschaft und die Bevölkerung. Dementsprechend wurde die Wirtschaftsprognose nach unten korrigiert, und das reale BIP-Wachstum in der EU und in der Euro-Zone wird nun auf 2,7 % im Jahr 2022 und 2,3 % im Jahr 2023 prognostiziert, wobei es zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede gibt. Die stark steigende

Anstieg der EU-Beschäftigungsquote um 1,4 Prozentpunkte auf 73,1 % im Jahr 2021

Inflation (mit den höchsten Werten seit der Einführung des Euro) birgt die Gefahr einer Verschlechterung der sozialen Lage in der EU. Vor allem dürfte die Kaufkraft der Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen besonders betroffen sein.

Im Jahr 2021 haben sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt der EU von der COVID-19-Pandemie erholt. Für einige Gruppen, wie z. B. junge Menschen, verlief dieser Aufschwung langsamer und der russische Angriff auf die Ukraine und die steigenden Preise bringen weitere Herausforderungen für die Bevölkerung, das Wirtschaftswachstum und eine inklusive Erholung mit sich.

Der Arbeitsmarkt erholte sich im Jahr 2021 mit einer Zunahme der Wirtschaftstätigkeit und dem Auslaufen der COVID-19 Eindämmungsmaßnahmen. Die Beschäftigung stieg um 1,2 % und erreichte gegen Ende des Jahres wieder das Vorkrisenniveau. Trotz des Konjunkturrückgangs wird erwartet, dass sich die mittel- und längerfristigen

Prognosen für den europäischen Arbeitsmarkt weiter verbessern und die Beschäftigung im Jahr 2022 um 1,2 % und im Jahr 2023 um 0,7 % steigen wird.

Die Arbeitsmarktsituation fiel je nach Altersgruppe unterschiedlich aus, wobei besonders junge Menschen in Europa mit den größten Beeinträchtigungen ihrer Arbeitsmarktchancen konfrontiert waren. Trotz einer Verbesserung gegen Ende des Jahres lag die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2021 immer noch um einen Prozentpunkt (PP) über dem Vorkrisenniveau (im Jahr 2019), verglichen mit einer Differenz von 0,2 PP bei der Gesamtarbeitslosigkeit. Sofern sie erwerbstätig waren, hatten junge Menschen häufiger befristete Verträge (45,9 % gegenüber 10,2 % der Allgemeinbevölkerung).

Das Niveau der Jugendbeschäftigung von vor der Pandemie ist noch nicht wieder erreicht. Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 24-Jährigen sank im Jahr 2020 um durchschnittlich -2,1 PP (auf 31,4 %) im Vergleich zu 2019 – ein Verlust, der nur teilweise durch einen Anstieg um 1,3 PP im Jahr 2021 kompensiert wurde. Junge Menschen waren mehrheitlich in nicht systemrelevanten Berufen tätig, die während der Pandemie aufgrund von Kontaktbeschränkungen nicht ausgeübt werden konnten, auch wenn die Voraussetzungen für Telearbeit und das Bedürfnis nach sozialer Interaktion am Arbeitsplatz in allen Altersgruppen ähnlich war.

Die Armutsgefährdungsquote (AROP) auf EU-Ebene war ersten Simulationen zufolge im Jahr 2021 weitgehend stabil

Armut und Ungleichheit scheinen trotz dem Schock der Pandemie relativ stabil geblieben zu sein, was auf die außerordentlichen staatlichen Hilfsmaßnahmen zurückzuführen ist.

Die Simulationen für das Jahr 2021 zeigen, dass Ungleichheit und Armutsrisiko im Großen und Ganzen gleich geblieben sind; aufgrund der

begrenzten Datenlage sind diese Ergebnisse jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ist im Jahr 2020 (jüngste verfügbare offizielle Informationen) leicht gestiegen. Auf EU-Ebene stieg die Zahl der Menschen, die von erheblicher materieller und sozialer Deprivation betroffen sind, auf 28,85 Millionen im Jahr 2020 (gegenüber 28,03 Millionen im Jahr 2019), wobei es erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Die staatliche Intervention trug dazu bei, diese sozialen Auswirkungen abzuschwächen, insbesondere zu Beginn der Pandemie.

Die sozialen Auswirkungen der Krise waren zudem altersabhängig, wobei sich die Lebensbedingungen für junge Menschen leicht verschlechterten. Minderjährige und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter waren stärker von erheblicher materieller und sozialer Deprivation betroffen (+0,7 PP und +0,2 PP im Jahr 2020, jüngste verfügbare offizielle Daten), während dieses Risiko für die über 65-Jährigen abnahm (-0,9 PP). Diese Bevölkerungsgruppen waren in den meisten Mitgliedstaaten im Jahr 2020 zudem einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt.

Angesichts der besonderen Herausforderungen, mit denen junge Menschen aufgrund der COVID-19-Pandemie konfrontiert wurden, und im Einklang mit dem Europäischen Jahr der Jugend, konzentriert sich der diesjährige Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa auf Menschen unter 30 Jahren. Konkret werden Hürden und Chancen untersucht, mit denen junge Menschen in Europa unterschiedlicher sozioökonomischen Hintergründen nach der COVID-19-Krise und angesichts des digitalen und grünen Wandels konfrontiert sind. In Kapitel 1 werden die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen für junge Menschen in der EU diskutiert. In Kapitel 2 wird der Frage nachgegangen, *wer* die jungen Menschen sind und was ihnen wichtig ist: es werden die bedeutendsten Abschnitte der Jugend (z. B. der Eintritt in den Arbeitsmarkt, Gründung eines

eigenen Haushalts, etc.) sowie die wichtigsten Anliegen und Prioritäten der jungen Menschen für die Zukunft untersucht. Kapitel 3 analysiert die Arbeitsmarktsituation junger Menschen sowie auch die Bewältigung von Herausforderungen, die mit der bestehenden und zukünftigen Veränderung der Arbeitsmärkte in Europa einhergehen. In Kapitel 4 liegt der Schwerpunkt auf den Lebensbedingungen junger Menschen, ihren Einkommensentwicklungen und -schwankungen sowie dem Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. In Kapitel 5 geht es um die Rolle der Bildung von den ersten Lebensjahren an bis zum Übergang ins Erwachsenenalter.

Die heute 61- bis 75-Jährigen sind fast zwei Jahre früher in den Arbeitsmarkt eingetreten als die heute 31- bis 45-Jährigen

Die bedeutendsten Übergänge für Jugendliche, wie etwa der Abschluss der Ausbildung, die Suche nach dem ersten Arbeitsplatz und die Gründung des eigenen Haushalts verändern sich und dauern länger. Das

Wichtige Übergänge, die die Jugendlichen prägen, wie z. B. der Abschluss der Ausbildung, der erste Arbeitsplatz und der Auszug aus dem Elternhaus, verzögern sich über Generationen hinweg.

Durchschnittsalter, in dem die Menschen ihren höchsten Bildungsstand erreichen, ist über die Generationen hinweg gestiegen: auf EU-Ebene schloss die Kohorte der heute 61- bis 75-Jährigen ihre Ausbildung mehr als ein Jahr früher ab als ihre jüngeren Pendanten (die heute 31- bis 45-Jährigen) und trat fast zwei Jahre früher in den Arbeitsmarkt ein.

Junge Menschen berichteten, dass sie während der Pandemie mit besonders schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und finanziellen Problemen konfrontiert waren, und ihre psychische Gesundheit darunter litt. Insgesamt, waren sie unverhältnismäßig stark von Arbeitsplatzverlusten und Arbeitszeitkürzungen betroffen, und einige hatten Schwierigkeiten, ihre üblichen Ausgaben wie Miete und andere Rechnungen zu begleichen. Diese Situation hat bei den jungen Menschen große Sorgen über ihre Zukunftsaussichten hervorgerufen, insbesondere in Bezug auf die Suche nach angemessenem Wohnraum bzw. den Erhalt eines solchen auf längere Sicht (61 % äußerten diese Sorge in Bezug auf die kommenden zehn Jahren) und die Gewährleistung ihrer finanziellen Sicherheit im Alter (70 %). Sie berichteten ferner über eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit: 17 % der Befragten in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen gaben an, unter Angstzuständen oder Depressionen zu leiden, gegenüber 11 % in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen.

Dennoch zeigen Umfragen, dass jüngere Befragte im Vergleich zu anderen Altersgruppen ein höheres Maß an Optimismus und Vertrauen in die Regierung haben. Im Frühjahr 2021 gab weniger als die Hälfte (40 %) der jungen Menschen an, optimistisch in die Zukunft zu blicken; dieser Anteil war jedoch bei weitem höher als der der über 30-Jährigen. Ein ähnliches Muster zeigte sich beim Verhältnis zu Institutionen, wobei junge Menschen ein höheres Vertrauen in ihre nationalen Regierungen und insbesondere in die EU hatten.

Die wichtigsten Prioritäten der jungen Menschen in Europa sind die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit sowie der Klimawandel und die Umwelt. Mehr als 40 % nennen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit als ihr wichtigstes politisches Anliegen, dicht gefolgt von der Bekämpfung des Klimawandels und dem Schutz der Umwelt. Die mit neuen Technologien verbundenen Risiken stehen nicht so weit oben auf ihrer Prioritätenliste, obwohl sie sich Sorgen über die Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Arbeitsplätze machen.

Armut und Ungleichheit zählen zu den größten Sorgen der jungen Menschen, gefolgt vom Klimawandel und der Umwelt

BIP-Schwankungen wirken sich auf die Beschäftigung und Arbeitslosigkeit junger Menschen doppelt so stark aus wie auf die von Personen im Haupterwerbsalter

Für junge Menschen ist es eine Herausforderung im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ihre Beschäftigung dauerhaft zu behalten; ihre oft prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt macht sie in Rezessionen besonders anfällig. Junge Menschen machen bei den konjunkturellen

Beschäftigungsschwankungen in der Regel einen unverhältnismäßig großen Anteil aus. In Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs ist die Wahrscheinlichkeit einer Entlassung größer und die Wahrscheinlichkeit einer Einstellung geringer. Umgekehrt steigt in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs die Nachfrage nach jungen Arbeitnehmer*innen in der Regel stärker als nach älteren Generationen. Empirische Belege deuten darauf hin, dass sich Schwankungen des BIP bei der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit junger Menschen etwa doppelt so stark (80–140 %) auswirken wie bei den entsprechenden Arbeitsmarktindikatoren für Personen im Haupterwerbsalter.

Rezessionen oder Wirtschaftskrisen haben besonders langanhaltende negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktchancen junger Menschen.

In Rezessionen haben junge Menschen oft Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, was ihre jungen Karrieren unterbricht und langfristige (beeinträchtigende) Auswirkungen auf ihre Arbeitsmarktaussichten haben kann (z. B. Beschäftigungsquote, Erwerbsquote, Arbeitslosenquote, Teilzeitbeschäftigung, Anteil befristeter Verträge). Diese negativen Auswirkungen sind für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren nach einer Rezession deutlich sichtbar.

Junge Menschen befinden sich auf dem Arbeitsmarkt oft in einer prekären Lage, insbesondere in Rezessionen, die sich langfristig negativ auf ihre Jobperspektiven auswirken können. Lange und milde Rezessionen haben durchschnittlich schwerwiegendere Folgen als kurze und tiefe Rezessionen.

Die Dauer und die Schwere einer Rezession sind entscheidende Faktoren für das Ausmaß der negativen Folgen für junge Menschen.

Milde und lange Rezessionen wirken sich auf junge Menschen wesentlich negativer aus als tiefe und kurze Rezessionen. So erreicht die Arbeitslosenquote junger Menschen im Verhältnis zur Gruppe der Personen im Haupterwerbsalter drei Jahre nach milden und langen Rezessionen einen Höchststand von 4,8 PP und im Jahr nach tiefen und kurzen Rezessionen 3,8 PP. Bislang entspricht die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit während und nach der COVID-19-Krise am ehesten dem Szenario einer tiefen und kurzen Rezession. Dies deutet darauf hin, dass sich die Kluft am Arbeitsmarkt zwischen jungen Menschen und Personen im Haupterwerbsalter verringern und mittelfristig sogar verschwinden dürfte, wenn die Wirtschaft der EU in den kommenden Jahren weiter wächst. Sollte die Wirtschaft der EU jedoch erneut in eine Rezession abgleiten, könnten die Arbeitsmarktbedingungen für junge Menschen für einen weitaus längeren Zeitraum beeinträchtigt werden.

Sozioökonomische Benachteiligungen können den Arbeitsmarktzugang junger Menschen erschweren und dazu führen, dass sie weder arbeiten noch eine Ausbildung absolvieren (NEET).

Bei jungen Menschen mit hochqualifizierten Eltern ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zu den NEET gehören, um 10 PP geringer

Die Wahrscheinlichkeit, ein NEET zu werden, ist Schätzungen zufolge 19 PP niedriger für Personen mit Sekundarschulbildung und 28 PP niedriger für Personen mit Hochschulabschluss im Vergleich zu Personen mit geringerem Bildungsniveau. Der Einfluss der Bildung wird jedoch deutlich geringer, wenn der elterliche und

Selbst in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs kann es für einige junge Menschen schwierig sein, einen Arbeitsplatz zu finden und dauerhaft zu behalten: für Personen mit Bildungsdefiziten und sozioökonomischen Benachteiligungen besteht ein höheres Risiko, zu NEET zu werden.

sozioökonomische Hintergrund berücksichtigt wird, wobei der stärkste Effekt in Südeuropa zu beobachten ist, während der elterliche Hintergrund in den nordischen Ländern eine weniger wichtige Rolle spielt.

Die langfristigen Aussichten junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt hängen nicht nur von ihrer aktuellen Karrieremöglichkeiten ab, sondern auch davon, ob ihre Qualifikationen den künftigen Marktanforderungen

entsprechen. Die Entwicklung des Index für die Verbreitung digitaler Kompetenzen zeigt, dass die Nutzung digitaler Kompetenzen am Arbeitsplatz in der EU stetig zunimmt, wobei die COVID-19-Pandemie die Unternehmen dazu zwingt, ihre Anstrengungen zum digitalen Wandel weiter zu beschleunigen. Junge Menschen scheinen relativ gut auf den steigenden Bedarf an digitalen Kompetenzen vorbereitet zu sein, auch wenn es zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede gibt. Im Jahr 2019 erreichten junge Arbeitnehmer*innen in Estland 120 % des EU-Durchschnitts der digitalen Intensität, in Rumänien, Griechenland und Zypern lag dieser Anteil jedoch bei weniger als 90 %. Junge Männer arbeiten in der Regel in digitalintensiveren Berufen als junge Frauen, wobei die digitale Arbeitsintensität mit dem Bildungsniveau stark zunimmt. Dieses Geschlechter- und Bildungsgefälle ist eng mit der hochqualifizierten Art der Arbeit und der männlichen Dominanz in einigen digitalintensiven Berufen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) verbunden. Junge Menschen könnten von der Schaffung von Arbeitsplätzen durch den grünen Wandel profitieren, insbesondere in Bereichen wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, nachhaltiger Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallmanagement.

Vor der COVID-19-Pandemie schwankten die Arbeitseinkommen junger Menschen deutlich stärker als die anderer Arbeitnehmer*innengruppen.

Dies spiegelt wahrscheinlich sowohl die zunehmende Instabilität des Arbeitsmarktes (insbesondere aufgrund des größeren Anteils prekärer Beschäftigungsverhältnisse unter jungen Arbeitnehmer*innen) als auch die zunehmenden Übergänge von der Beschäftigung in die Aus- und Weiterbildung wider. In Haushalten, die von jungen Menschen geführt werden, war die Quote der episodischen und der chronischen Armut beim Markteinkommen vor Steuer- und Sozialleistungen höher, wenn auch mit deutlichen Unterschieden zwischen den EU-Ländern. Die Gewährleistung reibungsloser Übergänge und vorhersehbarer Einkommensströme gewinnt vor allem an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass die Häufigkeit von beruflichen Übergängen und der Wechsel zwischen Phasen der Erwerbstätigkeit und der Erwerbslosigkeit zunimmt. Wenn junge Menschen in eine wirtschaftliche Notlage geraten, verlassen sie sich in der Regel stärker auf Familie und Freunde, da ihre Möglichkeiten auf vorhandene Ersparnisse zurückzugreifen geringer sind.

Junge Menschen sind einer höheren Einkommensvolatilität ausgesetzt, was vor allem auf ihren höheren Anteil an prekären Arbeitsverträgen zurückzuführen ist. Dies kann zu episodischer oder chronischer Armut beim Markteinkommen führen, die durch die begrenzten Ersparnisse junger Menschen und die geringere Wohneigentumsquote noch verschärft wird.

Höhere Einkommensungleichheit und -volatilität trugen zu einem Rückgang der Wohneigentumsquote unter jungen Menschen bei.

Die Erschwinglichkeit von Wohnraum für junge Menschen hat sich durch steigende Immobilienpreise und die nach der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 eingeführten strengeren Hypothekenbedingungen verschlechtert. Infolgedessen verfügen junge Menschen im Vergleich zu älteren Generationen über ein geringeres akkumuliertes Vermögen, bei dem das Wohneigentum in der Regel den größten Anteil ausmacht. Darüber hinaus ist das Vermögen unter jungen Erwachsenen in den letzten Jahren ungleicher verteilt.

Während die Einkommen junger Menschen stärker schwanken, treten geschlechtsspezifische Lohnunterschiede bereits in den ersten Phasen der beruflichen Laufbahn auf.

Frauen sind zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn mit einem Lohngefälle von 7,2 % konfrontiert, das mit zunehmendem Alter erheblich zunimmt

Frauen sind zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn auf dem EU-Arbeitsmarkt trotz ihres höheren Bildungsniveaus mit einem unbereinigten Lohngefälle zwischen Frauen und Männern von 7,2 % konfrontiert, was die Voraussetzungen für größere Lohnunterschiede im späteren Leben schafft (das Lohngefälle für alle Arbeitnehmer*innen ist etwa doppelt so hoch). Unterschiede bei den Arbeitnehmer*innenqualifikationen, wie

Bildungsniveau, Berufserfahrung oder Art des Arbeitsvertrags, erklären nur einen kleinen Teil der Lohnunterschiede zwischen jungen Frauen und Männern, wobei die Situation in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist. Hinter dem geringen Anteil erklärter Lohnunterschiede verbergen sich bestimmte Unterschiede, die zu

beträchtlichen geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden führen: das höhere Bildungsniveau junger Frauen wirkt sich positiv auf die Löhne aus, aber insgesamt verdienen junge Männer tendenziell mehr, weil sie in besser bezahlten Wirtschaftszweigen arbeiten.

Andere Umstände, auf die kein Einfluss genommen werden kann, insbesondere der elterliche Hintergrund, führen zu ungleichen Ergebnissen in Bezug auf die Arbeit und das verfügbare Einkommen. Der Einfluss des elterlichen Hintergrunds entspricht etwa drei Viertel der gesamten Chancenungleichheit. Zwischen 2005 und 2019 schwankte die Chancenungleichheit in den Mitgliedstaaten, die durch den elterlichen Hintergrund, das Geschlecht und den Migrationsstatus bestimmt wird, insbesondere unmittelbar nach der Finanzkrise, blieb danach jedoch relativ stabil. Im Allgemeinen weisen Länder mit geringer Chancenungleichheit im Laufe der Zeit tendenziell relativ stabile Indikatoren auf, während Länder, in denen externe Faktoren größere Einkommensungleichheiten bedingen, ein unbeständigeres Muster zeigen.

Die Steuer- und Sozialleistungssysteme ergänzen das Markteinkommen junger Menschen in erheblichem Maße. Vor der COVID-19-Pandemie war der Anteil der Leistungen an den Einkünften aus einer Erwerbstätigkeit vor Abzug der Steuer (plus Altersversorgung) für die junge Kohorte doppelt so hoch wie für die Gesamtbevölkerung. Auch die Auswirkungen der Sozialleistungen waren für junge Menschen im Jahr 2020 vergleichsweise stärker. Im Durchschnitt wurden vorübergehende Einbrüche des Erwerbseinkommens junger Arbeitnehmer*innen während der Pandemie durch Maßnahmen wie die Kurzarbeitsregelung oder Einkommensunterstützungen für Haushalte erfolgreich abgefedert.

Im Bildungsbereich hatte die weit verbreitete Schließung von Einrichtungen für die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) sowie von Schulen zu Beginn der COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche und führte in einigen Mitgliedstaaten zu Lernverlusten. Im Schuljahr 2019/2020 waren die Schulen in der EU nur während eines Drittels der regulären Unterrichtszeit vollständig geöffnet. Schulschließungen wurden in der Folgezeit seltener, betrafen aber weiterhin einen großen Anteil der Schülerinnen und Schüler und Studierenden. Traditionelle Lernprozesse wurden durch Fernunterricht und hybride Lernformen ersetzt, die weniger effektiv zu sein scheinen als Präsenzunterricht. Das Ausmaß und die Wirkungsdauer des Lernverlusts bei Schülerinnen und Schülern und Studierenden müssen noch bewertet werden, da die vorläufigen Ergebnisse je nach Land, Fachrichtung und Alter der Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedlich sind. Die Veränderungen spiegeln die Unterschiede des Ausmaßes der Schulschließungen, die alternativen Formen des Fernunterrichts und des hybriden Lernens, die digitale Fähigkeit zur Umsetzung des Online-Lernens, die Maßnahmen zur Abmilderung von Lernverlusten und die angewandten Methoden wider. Erste Studien deuten darauf hin, dass Schülerinnen und Schülern in einigen Mitgliedstaaten in bestimmten Fächern ein beträchtlicher Teil des Lernstoffs eines Jahres fehlt (z. B. Belgien in den Fächern Mathematik und Niederländisch), während in anderen Mitgliedstaaten der Lernverlust mehrere Wochen (z. B. Niederlande) oder fast gar keinen Verlust (z. B. Schweden) ausmachte.

Schulschließungen während der COVID-19-Pandemie führten zu einem gewissen Lernverlust, insbesondere bei benachteiligten Kindern. Dies könnte die derzeitigen Ungleichheiten im Bildungsbereich noch verschärfen und sich negativ auf die künftigen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt auswirken.

Von Lernverlusten sind Kinder mit verschiedenen sozioökonomischen Benachteiligungen unverhältnismäßig stark betroffen. Auch wenn die Auswirkungen dieser Schließungen auf den Lernverlust noch unklar sind, deuten empirische Untersuchungen auf nationaler Ebene darauf hin, dass dort, wo Verluste auftraten, diese in der Regel die Bildungsungleichheiten verschärften. Schülerinnen und Schüler mit elterlicher Unterstützung und einem guten häuslichen Lernumfeld waren beispielsweise weniger betroffen. Dies bedeutet, dass bestimmte Gruppen von Kindern besonders betroffen waren, wie Kinder, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, Kinder von Alleinerziehenden, Kinder, deren Eltern ein geringeres Bildungsniveau haben, Kinder mit Migrationshintergrund oder mit besonderem Bildungsbedarf. Die Auswirkungen

der Pandemie könnten also die Ungleichheiten bei den Bildungsergebnissen verschärft haben.

Das Ausmaß der langfristigen Folgen von Lernverlusten kann noch nicht eindeutig nachvollzogen werden, die empirische Literatur deutet jedoch auf einen starken positiven Einfluss von Bildung auf zukünftige Beschäftigungsmöglichkeiten, Einkommen und Wohlbefinden hin. Bildung im Kindes- und Jugendalter ist eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Die Bildungs- und Arbeitsmarktaussichten sowie die allgemeinen Interessen und Ziele werden bereits in jungen Jahren geprägt. Im Allgemeinen ist die Bildung von entscheidender Bedeutung für das Wirtschaftswachstum, da sie zur Arbeitsproduktivität beiträgt und das Angebot an relevanten Qualifikationen für den Arbeitsmarkt beeinflusst.

Insgesamt beginnt der positive Einfluss der Bildung auf die künftigen Arbeitsmarktergebnisse der Kinder schon in den ersten Jahren, aber diejenigen, die am meisten profitieren könnten, nehmen am wenigsten teil. Der Besuch einer Einrichtung für Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) wird mit einer

Bei Kindern, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie an FBBE teilnehmen, um 6–11 % geringer

Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten, der Schulreife und der späteren schulischen Leistungen und damit auch der künftigen Beschäftigungsaussichten in Verbindung gebracht. Diese positiven Auswirkungen sind bei Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen stärker ausgeprägt, was darauf schließen lässt,

dass die FBBE ein Schlüsselfaktor für die Verringerung der Chancenungleichheit ist. Leider nehmen Kinder aus diesen Verhältnissen seltener an der FBBE teil, insbesondere Kinder unter drei Jahren, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben und die in kinderreichen Familien leben. Die geringe Teilnahme an FBBE hängt häufig mit der begrenzten Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und Qualität der Kinderbetreuung, bestimmten kulturellen Normen und Einstellungen zur Kinderbetreuung sowie der mangelnden Unterstützung der Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusammen. In diesem Zusammenhang wird die Umsetzung der vom Rat der Europäischen Union im Juni 2021 angenommenen Europäischen Garantie für Kinder eine wichtige Rolle spielen.

Das Europäische Jahr der Jugend bietet die Gelegenheit, das Bewusstsein für die Herausforderungen, Sorgen und Möglichkeiten junger Menschen in Europa zu schärfen und sie aktiv an der Gestaltung des Aufschwungs nach COVID-19 und des grünen und digitalen Wandels zu beteiligen, um eine nachhaltige Zukunft für alle zu schaffen. Im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte wurde eine Reihe von Initiativen vorgeschlagen, um jungen Menschen zu helfen, Berufserfahrung zu sammeln und die richtigen Fähigkeiten für die sich verändernde Arbeitswelt zu entwickeln. Dazu gehören die gestärkte Jugendgarantie und die neue Leitinitiative „Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen“ (ALMA), die speziell darauf abzielt, benachteiligten jungen NEET erste Berufserfahrungen im Ausland zu ermöglichen, sowie das Vorzeigeprojekt „Youth FIRST“, das technische Unterstützung zur Verbesserung der Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche bietet. Die Europäische Kommission beabsichtigt ferner, die Empfehlung des Rates zu einem Qualitätsrahmen für Praktika zu überarbeiten, um deren Qualität zu verbessern und sicherzustellen, dass sie einen erfolgreichen Weg in den Arbeitsmarkt bieten.

Politische Maßnahmen können dazu beitragen, den Einfluss von Faktoren wie dem sozioökonomischen Hintergrund auf die Chancen und Perspektiven junger Menschen zu verringern.

Neben den politischen Maßnahmen auf Regierungsebene spielen die Sozialpartner eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Unternehmen und Arbeitnehmer*innen, einschließlich junger Arbeitnehmer*innen, bei der Erholung nach der COVID-19-Pandemie. Auf

EU- und nationaler Ebene wurden spezielle Kampagnen, Strategien und Instrumente entwickelt, um die Integration junger Menschen in die Arbeitswelt zu unterstützen. Die Aktivitäten der sektoralen Sozialpartner zielen darauf ab, ihre Sektoren zu fördern und den Bedarf des Arbeitsmarktes zu antizipieren, was angesichts des erwarteten Arbeitskräftemangels besonders wichtig ist. Durch eine Anpassung der Organisations- und Kommunikationsformen – beispielsweise durch den Einsatz sozialer Medien – können die Gewerkschaften ihre Reichweite bei potenziellen Mitgliedern, insbesondere bei jungen Arbeitnehmer*innen, erhöhen. Diese Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung, um die rückläufige Entwicklung bei den Tarifverhandlungen umzukehren.

All diese Initiativen tragen zur Verwirklichung der drei Kernziele von Porto in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung und Armut bei und werden durch umfangreiche Mittel auf EU-Ebene unterstützt.

Kohäsionspolitische Fonds wie der Europäische Sozialfonds (ESF+) und die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) werden groß angelegte Investitionen und Reformen unterstützen, die von den Mitgliedstaaten zur Förderung der Erholung und Widerstandsfähigkeit nach COVID-19 durchgeführt werden, einschließlich eines besseren Zugangs junger Menschen zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Ernährung, Arbeitsplätzen und Wohnraum.



■ Publications Office
of the European Union

